

KBA 6898

Der Mut der Forscher

Die Wut des Kanzlers!

Der Appell der 18 bedeutendsten deutschen Atomforscher hat historische Bedeutung. Er erregte in der ganzen Welt Aufsehen und Zustimmung. Hier sein Wortlaut:

„Die Pläne einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr erfüllen die unterzeichneten Atomforscher mit tiefer Sorge. Einige von ihnen haben den zuständigen Bundesministern ihre Bedenken schon vor mehreren Monaten mitgeteilt. Heute ist die Debatte über diese Frage allgemein geworden. Die Unterzeichneten fühlen sich daher verpflichtet, öffentlich auf einige Tatsachen hinzuweisen, die alle Fachleute wissen, die aber der Öffentlichkeit noch nicht hinreichend bekannt zu sein scheinen:

1. Taktische Atomwaffen haben die zerstörende Wirkung normaler Atombomben. Als „taktisch“ bezeichnet man sie, um auszudrücken, daß sie nicht nur gegen menschliche Siedlungen,

sondern auch gegen Truppen im Erdkampfe eingesetzt werden sollen. Jede einzelne taktische Atombombe oder -granate hat eine ähnliche Wirkung wie die erste Atombombe, die Hiroshima zerstört hat. Da die taktischen Atomwaffen heute in großer Zahl vorhanden sind, würde ihre zerstörende Wirkung im ganzen sehr viel größer sein. Als „klein“ bezeichnet man diese Bomben nur im Vergleich zur Wirkung der inzwischen entwickelten strategischen Bomben, vor allem der Wasserstoffbomben.

2. Für die Entwicklungsmöglichkeit der lebensausrottenden Wirkung der strategischen Atomwaffen ist keine natürliche Grenze bekannt. Heute kann eine taktische Atombombe eine kleinere Stadt zerstören, eine Wasserstoffbombe aber einen Landstrich von der Größe des Ruhrgebiets zeitweilig unbewohnbar machen. Durch Verbreitung von Radioaktivität könnte man mit Wasserstoffbomben die Bevölkerung der Bundesrepublik wahrscheinlich heute schon ausrotten. Wir kennen keine technische Möglichkeit, große Bevölkerungsmengen vor dieser Gefahr sicher zu schützen.

Wir wissen, wie schwer es ist, aus diesen Tatsachen die politischen Konsequenzen zu ziehen. Uns als Nichtpolitikern wird

„Göttinger Sieben, die leben Hochschullehrer W. Albrecht, F. C. Dahlmann, H. Ewald, G. G. Gervinus, J. und W. Grimm und W. Weber in Göttingen, die von König Ernst August am 14. 12. 1837 aus dem Dienst entlassen wurden, weil sie den König des Verfassungsbruches beschuldigt hatten. Die führende Persönlichkeit war dabei Dahlmann, der Schriftführer war Göttinger Sieben wurde in ganz Deutschland beachtet und war ein Zeichen dafür, daß die liberale Bewegung in weiten Teilen Deutschlands wieder lebendig wurde. Die Göttinger Sieben wurden 1848 fast alle Mitglieder der Frankfurter Nationalversammlung.“ (Der Große Brockhaus, 1954)

man die Berechtigung dazu abstreiten wollen: unsere Tätigkeit, die der Tätigkeit der reinen Wissenschaft und ihrer Anwendung gilt und bei der wir viele junge Menschen unserem Gebiet zuwenden, ist nicht von der Verantwortung für die möglichen Folgen dieser Tätigkeit. Deshalb können wir nicht zu allen politischen Fragen schweigen.

Wir bekennen uns zur Freiheit, wie sie heute die westliche Welt gegen den Kommunismus vertritt. Wir leugnen nicht, daß die gegenseitige Angst vor den Wasserstoffbomben heute einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt und der Freiheit in einem Teil der Welt leistet. Wir halten aber diese Art, den Frieden und die Freiheit zu sichern, auf die Dauer für keinen Fall absehbar und auf die folgenden Fälle eines Versagens für tödlich. Wir fühlen keine Kompetenz, konkrete Vorschläge für die Politik der Groß-

mächte zu machen. Für ein kleines Land wie die Bundesrepublik glauben wir, daß es sich heute noch am besten schützt und den Weltfrieden noch am ehesten fördert, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtet. Jedenfalls wäre keiner der Unterzeichneten bereit, sich an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen. Gleichzeitig betonen wir, daß es äußerst wichtig ist, die friedliche Verwendung der Atomenergie mit allen Mitteln zu fördern, und wir wollen an dieser Aufgabe wie bisher mitwirken.“

Die Erklärung trägt die Unterschrift von:

Prof. Fritz Bopp, Vorsteher des Instituts für Theoretische Physik der Universität München, München 42, Villacher Straße 14.

Prof. Max Born, Bad Pyrmont, Marcardstraße 5.

Prof. Rudolf Fleischmann, Physikalisches Institut der Universität Erlangen.

Prof. Walter Gerlach, Vorsteher des Physikalischen Instituts der Universität München, München 13, Franz-Joseph-Straße 15.

Prof. Otto Hahn, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft Göttingen, Gervinusstraße 5.

Prof. Otto Haxel, Direktor des II. Physikalischen Instituts der Universität Heidelberg, Mönchhofstraße 26.

Prof. Werner Heisenberg, Direktor des Max-Planck-Instituts für Physik, Göttingen, Merkelstraße 12.

Prof. Hans Kosterlmann, Direktor des I. Physikalischen Instituts der Universität Heidelberg, Heidelberg, Albert-Ueberle-Straße 7.

Prof. Max von Laue, Direktor des Fritz-Heber-Instituts der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin-Dahlem, Faradayweg 8.

Prof. Heinz Maier-Leibnitz, Laboratorium für Technische Physik der Technischen Hochschule München.

Prof. Josef Mattaus, Direktor des Max-Planck-Instituts für Chemie, Mainz, Auf der Bastel 1.

Prof. Friedrich-Adolf Paneth, Direktor des Max-Planck-Instituts für Chemie, Mainz, Saarstraße 23.

Prof. Wolfgang Pauli, Professor für Experimentelle Physik, München, Bunsenstr. 29.

Prof. Wolfgang Rieder, Professor für Strahlen- und Kernphysik an der Universität Bonn, Nulldäule 6.

Prof. Fritz Straßmann, Direktor des Instituts für anorganische Chemie der Universität Mainz, Mainz-Gonsenheim, Heidesheimer Straße 40.

Prof. Wilhelm Walther, Direktor des Physikalischen Instituts der Universität Marburg, Marburg (Lahn), Renthofstraße 5.

Prof. Karl Friedrich von Weizsäcker, Abteilungsleiter des Max-Planck-Instituts für Physik, Göttingen, Bunsenstraße 16.

Prof. Carl Wirtz, Abteilungsleiter des Max-Planck-Instituts für Physik, Göttingen, Bunsenstraße 16.

Die Erklärung wurde in Göttingen am 1. März 1955 im Namen der 18 Unterzeichneten durch den Vorsitzenden, Prof. Otto Hahn, abgegeben.

Prof. Dr. Dr. Max Born

In unserer letzten Ausgabe veröffentlichten wir einen zweiseitigen Beitrag von Prof. Max Born „Der Mensch und das Atom“. Obgleich diese Gelehrte in der wissenschaftlichen Welt den Ruf eines bedeutenden Physikers hat, weiß die breite Öffentlichkeit wenig von diesem großen Forscher und Entdecker.

Er ist einer der 18 Professoren, die nebenstehenden Appell gegen die Verwendung der Atomenergie für militärische Zwecke unterschrieben. Wir wollen heute das Leben dieses Gelehrten ein wenig aufblenden. Max Born wurde 1882 in Breslau geboren. Sein Vater, Gustav Born, war Biologe und beschäftigte sich vor allem mit Anatomie und Embryologie. Der junge Born war nur ein mittelmäßiger Schüler. Nach dem Abitur sagte sein Vater zu ihm, als er ihn auf die Universität schickte: „Hör doch erst mal alles, ohne Dich entscheidend.“ Der junge Akademiepromovierter machte Jura, Literatur, Psychologie, Moralphilosophie, Volkswirtschaft und Astronomie. Schließlich blieb er bei Mathematik und Physik hängen, weil er sich folgendes sagte: „Mir imponierte, wie die Mathematiker den Unendlichkeitsbegriff handhaben. Anders als in der Philosophie kommt man da zu einer klaren Aussage.“

Mit 23 Jahren ist Max Born bereits zum Dr. phil. promoviert. Seine Dissertation erhält den Ehrenpreis der Fakultät. Vier Jahre später läßt sich der junge Doktor als Privatdozent für Physik in Göttingen nieder. 1914 wird ihm der Planck als o. o. Professor nach Berlin. Damals fing Born an, die Grundlagen für seine 300 wissenschaftlichen Schriften und 20 Bücher zu schaffen. Besonders seine Arbeiten über die Relativitätstheorie Einsteins, über die Atommechanik und Atomdynamik sind in einem Dutzend Sprachen erschienen. 1921 bis 1933 bildete Max Born als Ordinarius in Göttingen die zweite deutsche Mannschaft unter den Atomphysikern aus. Zu seinen Schülern gehörten unter anderem Heisenberg — er wurde später Borns Assistent —, Pascual Jordan und Oppenheimer. Unter Max Borns Leitung wurde das Physikalische Institut der Göttinger Universität in der Bunsenstraße des Mekka bedeutender Atomforscher. Auf der „Georgia-Augusta-Universität“ erschröckte Max Born durch seine Quantentheorie die klassische Physik und befreite diese Wissenschaft von entscheidenden Irrtümern. Hier entdeckte er, daß die Flugbahn der Protonen und Elektronen mathematisch nicht berechenbar ist. Erst 23 Jahre später erhielt er für seine in England und den USA entwickelten Zusammenhänge der Quantenmechanik zusammen mit dem Physiker Walter Bothe den Nobelpreis.

In der Zwischenzeit mußte Max Born ins Ausland emigrieren. Hitler hatte ihn 1933 wegen seiner jüdischen Abstammung vom Lehrstuhl gejagt. Er war zuerst als Lektor an der Universität von Cambridge, dann in Kalkutta und von 1936 bis 1953 als Professor an der Universität Edinburgh tätig. Nach seiner Emigration ernannte ihn die Stadt Göttingen bei ihrer 1000-Jahrfeier zum Ehrenbürger. 1954 kehrte Born nach Deutschland zurück. In Bad Pyrmont fand er eine neue Heimat. Während des Krieges in England hielt er sich in voller Ermittlung mit seiner Frau Hedwig, die eine Dichterin von Rang und Quäkerin ist, von aller Kriegsbetrieb fern, im Gegensatz zu seinem Schüler Oppenheimer, der sich als Direktor der amerikanischen Atomforschungsstätte Los Alamos dem zweifelhafte Titel „Vater der Atombombe“ verdiente.

Auch heute noch stellt Professor Max Born die Ehrendoktor der Universitäten Bristol, Bordeaux und Oxford, seine wissenschaftlichen Arbeiten. Die Studenten in Göttingen zur Verfügung. In einem Schrank seines Gelehrtenzimmers liegen die Max-Planck-Medaille

Das Echo auf die Warnung

Soweit die Erklärung der 18 führenden deutschen Wissenschaftler. Der Mut dieser Atomforscher hat die Wut des Bundeskanzlers ausgelöst. Die Feststellung, daß ein kleines Land wie die Bundesrepublik am besten durch einen ausdrücklichen Verzicht auf den Besitz atomarer Waffen gesichert ist, sei eine Erklärung, die rein akademisch und militärischer Natur, sagte der Kanzler und bezeichnete den verantwortungsbewußten Schritt der Wissenschaftler als eine „weltfremde Initiative“.

Aber die Professoren lassen sich nicht beirren! Nach Born zur Aussprache über Atomwaffen eingeladen, erklärten die Atomwissenschaftler Hahn, Heisenberg, von Weizsäcker und von Laue, daß sie auch im Gespräch mit dem Kanzler und seinen Generälen von ihrer Überzeugung in keinem Fall abgehen und auf die folgenden vier Punkte bestehen werden:

- 1. Jeder Einsatz von Atomwaffen in einem Krieg ist tödlich für die gesamte Zivilisation;
- 2. es gibt keinen Schutz gegen die Strahlungen der Atomwaffen;
- 3. es gibt keinen nennenswerten Unterschied zwischen taktischen und strategischen Atomwaffen;
- 4. die deutschen Atomforscher werden sich jeder Mitarbeit bei der Auswertung der Atomenergie für kriegerische Zwecke enthalten.

Bundesverteidigungsminister Strauß erklärte, daß niemand die Wissenschaftler zur Mitarbeit an der Entwicklung von Atomwaffen aufzufordern habe. Dem

schäftsversammlungen Begrüßungstelegramme an die Wissenschaftler gerichtet.

Der Bund der Deutschen richtete nach Bekanntwerden der Erklärung folgendes Telegramm an Professor Hahn: „Ihrem unerbittlichen Appell stimmen wir aus vollem Herzen und uneingeschränkt zu. Angesichts der besonders bedrohlichen Lage Deutschlands ist Ihre Warnung vor Atomwaffen und Ihre Weigerung, an deren Herstellung mitzuwirken, eine menschliche und hoffnungsvolle Großtat. Das deutsche Volk wird Ihnen für Ihre Aufklärung Dank wissen.“

Bund der Deutschen Partei für Einheit, Frieden und Freiheit ger. Wilhelm Hertz, gen. Josef Weber, Oberbürgermeister a. D., Vorsitzender.

Acht Persönlichkeiten der Evangelischen Kirche begrüßten ebenfalls den Leiter des Max-Planck-Institutes in Göttingen. Sie dankten den Atomforschern „für den Dienst, den sie dem deutschen Volk und der Menschheit mit der Warnung vor der atomaren Bewaffnung deutscher Streitkräfte geleistet haben“. Unterzeichnet ist das Telegramm von Stempel D. Fischer, Propst Gruber, Prof. D. Iwand, Kirchenpräsident D. Professor Prof. D. Gollwitzer, dem früheren Bundesinnenminister Heinemann, Kirchenpräsident Niemöller und Professor D. Vogel.

Die Grotius-Stiftung für Völkerrecht in München ist beauftragt: „Die Grotius-Stiftung folgt, Göttinger Manifest wird Atomforscher aller Länder an Völkerrecht.“



Sie warten aus Gewissensgründen: Prof. Max von Laue (oben links), Prof. Werner Heisenberg (oben rechts), Prof. Walter Gerlach (zweite Reihe links), Prof. Max Born (zweite Reihe rechts), Prof. Otto Hahn (unten links) und Prof. Carl Friedrich von Weizsäcker (unten rechts). Keystone-Bilder

ZUSTIMMUNG AUS DEM SAARLAND ...

Die DDU (Deutsche Demokratische Union) des Saarlandes begrüßte in einem Brief an den Landtag in Saarbrücken den Schritt der 18 deutschen Atomforscher. Weiter heißt es, daß durch Einwirkung auf die Öffentlichkeit der Bundestag veranlaßt werden mußte, den Ruf der Atomforscher zu befolgen. Nicht nur auf die Ausrüstung mit nuklearen Waffen sei zu verzichten, sondern man müsse sich den japanischen Schritten zur Einstellung der Atomversuche und zur Aechtung der Kernwaffen anschließen. In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß besonders die Volksvertreter des dicht besiedelten und schwerindustriellen Saarlandes eine besondere Verantwortung tragen, weil dieses Gebiet im Norden und Osten an die strategischen Schwerpunkte B a u m h o l d e r und K a i s e r s l a t e r n grenzt und deswegen besonders gefährdet sei.

... UND AUS DER DDR

Die Atomwissenschaftler der DDR, unter ihnen Nobelpreisträger Prof. Gustav Hertz und Manfred von Ardenne, veröffentlichten in Dresden eine Erklärung, in der es u. a. heißt: „Wir ostdeutschen Atomphysiker, die wir in der Deutschen Demokratischen Republik soziale Probleme, wie die Herstellung, Erprobung oder den Einsatz von Atomwaffen nicht kennen, und die wir ausschließlich mit friedlicher Anwendung von Atomenergie beschäftigt sind, haben mit leidenschaftlicher innerer Bewegung von dieser geschlossenen Aktion unserer großen westdeutschen Kollegen erfahren und fühlen uns in diesem Augenblick

Strontium 90

34 Millionen Unterschriften sammeln die japanische Friedenskomitee für die Einstellung der Atombombenversuche im Stillen Ozean. Die Bürostelle des Weltfriedensrates nahm auf seiner Berliner Tagung einen Appell an, der sich gleichfalls gegen diese Versuche richtet und zu dem das Büro erklärt: „Wir richten diesen Appell an alle und fordern auf, ihn zu verbreiten, zu unterzeichnen oder in irgendeiner anderen Art oder in größtmöglicher Anzahl Männer und Frauen aller Länder bestätigen zu lassen.“ Der Berliner Appell hat folgenden Wortlaut:

„Die Versuchsexplosionen gehen weiter. Das Strontium 90, das Erde und Wasser verseucht, wird durch sie in der Luft verbreitet. Krebs und Leukämie sind die Folgen. Werden die Versuche fortgesetzt, so wird die Gesundheit vieler Generationen untergraben und das Leben der Menschheit bedroht. Besonders gefährdet sind die Kinder. Der Atomkrieg würde Millionen Menschen vernichten und ganze Kontinente verwüsten. Kein Land, kein Volk will diesen Krieg. Trotzdem wird in aller Öffentlichkeit vorbereitet, und viele Menschen sehen dem tatenlos zu. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion setzen ihre Wasserstoffbombenversuche fort, auch Großbritanniens will nun dazu beginnen. — Wir fordern die sofortige Einstellung der Versuche“

Mit 25 Jahren ist Max Born bereits zum Dr. phil. promoviert. Seine Dissertation erhält den Ehrenpreis der Fakultät. Vier Jahre später läßt sich der junge Doktor als Privatdozent für Physik in Göttingen nieder. 1914 holt ihn Max Planck als a. o. Professor nach Berlin. Damals fing Born an, die Grundlagen für seine 300 wissenschaftlichen Schriften und 20 Bücher zu schaffen. Besonders seine Arbeiten über die Relativitätstheorie Einsteins, über die Atommechanik und Atomdynamik sind in einem Dutzend Sprachen erschienen. 1921 bis 1933 bildete Max Born als Ordinarius in Göttingen die junge deutsche Mannschaft unter den Atomphysikern aus. Zu seinen Schülern gehören unter anderem Heisenberg — er wurde später Borns Assistent —, Pascual Jordan und Oppenheimer. Unter Max Borns Leitung wurde das Physikalische Institut der Göttinger Universität in der Bunsenstraße das Mekka bedeutender Atomforscher. Auf der „Georgia-Augusta-Universität“ erschütterte Max Born durch seine Quantentheorie die klassische Physik und befreite diese Wissenschaft von entscheidenden Irrtümern. Hier entdeckte er, daß die Flugbahn der Protonen und Elektronen mathematisch nicht berechenbar ist. Erst 23 Jahre später erhielt er für seine Interpretation der Quantenmechanik zusammen mit dem Physiker Walter Bothe den Nobelpreis.

In der Zwischenzeit mußte Max Born ins Ausland emigrieren. Hitler hatte ihn 1933 wegen seiner jüdischen Abstammung vom Lehrstuhl gejagt. Er war zuerst als Lektor an der Universität Cambridge, dann in Kalkutta und von 1936 bis 1953 als Professor an der Universität Edinburgh tätig. Nach seiner Emigration ernannte ihn die Stadt Göttingen bei ihrer 1000-Jahr-Feier zum Ehrenbürger. 1954 kehrte Born nach Deutschland zurück. In Bad Pyrmont fand er eine neue Heimat. Während des Krieges in England hielt er sich in voller Einmütigkeit mit seiner Frau Hedwig, die eine Dichterin von Rang und Quäkerin ist, von aller Kriegsarbeit fern, im Gegensatz zu seinem Schüler Oppenheimer, der sich als Direktor der amerikanischen Atomforschungsstätte Los Alamos den zweifelhaften Titel „Vater der Atombombe“ verdiente.

Auch heute noch stellt Professor Max Born, der Ehrendoktor der Universitäten Bristol, Bordeaux und Oxford, seine wissenschaftliche Erfahrung den Studenten in Göttingen zur Verfügung. In einem Schrank seines Gelehrtenzimmers liegen die Max-Planck-Medaille und zahlreiche Ehrenmedaillen aus England und Frankreich. An zehn Akademien der Wissenschaften in Ländern des Westens und des Ostens ist Max Born Mitglied. Trotz aller Arbeit findet der heute 75jährige noch Muße für seine Liebhobbies: die Musik und das Wandern. Für uns aber ist er einer der Großen in der Wissenschaft, der sich ein ganzes Leben dafür einsetzte, die großen Entdeckungen unserer Zeit in den Dienst des Friedens zu stellen.

wortung für die möglichen Folgen dieser Tätigkeit. Deshalb können wir nicht zu allen politischen Fragen schweigen.

Wir bekennen uns zur Freiheit, wie sie heute die westliche Welt gegen den Kommunismus vertritt. Wir leugnen nicht, daß die gegenseitige Angst vor den Wasserstoffbomben heute einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt und der Freiheit in einem Teil der Welt leistet. Wir halten aber diese Art, den Frieden und die Freiheit zu sichern, auf die Dauer für unzuverlässig, und wir halten die Gefahr im Falle eines Versagens für tödlich.

Wir fühlen keine Kompetenz, konkrete Vorschläge für die Politik der Groß-

Das Echo auf die Warnung

Soweit die Erklärung der 18 führenden deutschen Atomwissenschaftler.

Der Mut dieser Atomforscher hat die Wut des Bundeskanzlers ausgelöst. Die Feststellung, daß ein kleines Land wie die Bundesrepublik am besten durch einen ausdrücklichen Verzicht auf den Besitz atomarer Waffen gesichert ist, sei eine Erklärung „rein außenpolitischer und militärischer Natur“, sagte der Kanzler und bezeichnete den verantwortungsbewußten Schritt der Wissenschaftler als eine „weltfremde Initiative“.

Aber die Professoren lassen sich nicht beirren!

Nach Bonn zur Aussprache über Atomwaffen eingeladen, erklären die Atomwissenschaftler Hahn, Heisenberg, von Weizsäcker und von Laue, daß sie auch im Gespräch mit dem Kanzler und seinen Generälen von ihrer Überzeugung in keinem Fall abgehen und auf die folgenden vier Punkte bestehen werden:

1. Jeder Einsatz von Atomwaffen in einem Krieg ist tödlich für die gesamte Zivilisation;
2. es gibt keinen Schutz gegen die Strahlungen der Atomwaffen;
3. es gibt keinen nennenswerten Unterschied zwischen taktischen und strategischen Atomwaffen;
4. die deutschen Atomforscher werden sich jeder Mitarbeit bei der Auswertung der Atomenergie für kriegerische Zwecke enthalten.

Bundesverteidigungsminister Strauß erklärte, daß niemand die Wissenschaftler zur Mitarbeit an der Entwicklung von Atomwaffen aufgefordert habe. Dem steht entgegen, daß Strauß im Interview mit der amerikanischen Zeitschrift „Reporter“ darauf hingewiesen hat, daß es „keine gesetzlichen Beschränkungen für Forschungsarbeiten, für den Bau solcher Waffen oder ihren Entwurf auf dem Reißbrett gibt“.

Während der Schritt der Professoren in Bonn Panik und Wut ausgelöst hat, begrüßt die Bevölkerung das verantwortungsbewußte Verhalten der Wissenschaftler. Spontan wurden auf Gewerk-

Prof. Wolfgang Riezler, Professor für Strahlen- und Kernphysik an der Universität Bonn, Nußallee 6.

Prof. Fritz Straßmann, Direktor des Instituts für anorganische Chemie der Universität Mainz, Mainz-Gonsenheim, Heidesheimer Straße 40.

Prof. Wilhelm Walcher, Direktor des Physikalischen Instituts der Universität Marburg, Marburg (Lahn), Renthofstraße 5.

Prof. Karl Friedrich von Weizsäcker, Abteilungsleiter des Max-Planck-Instituts für Physik, Göttingen, Bunsenstraße 16.

Prof. Karl Wirtz, Abteilungsleiter des Max-Planck-Instituts für Physik, Göttingen, Bunsenstraße 16.

schaftsversammlungen Begrüßungstelegramme an die Wissenschaftler gerichtet.

Der Bund der Deutschen richtete nach Bekanntwerden der Erklärung folgendes Telegramm an Professor Hahn: „Ihrem unüberhörbaren Appell stimmen wir aus vollem Herzen und uneingeschränkt zu. Angesichts der besonders bedrohten Lage Deutschlands ist Ihre Warnung vor Atomwaffen und Ihre Weigerung, an deren Herstellung mitzuwirken, eine menschliche und hoffnungsvolle Großtat. Das deutsche Volk wird Ihnen für Ihre Aufklärung Dank wissen.“

Bund der Deutschen
Partei für Einheit, Frieden und Freiheit
gez.: Wilhelm Eites
Oberbürgermeister a. D.
Vorsitzender

gez.: Josef Weber
Oberst
Generalstab a. D.
Generalsekretär

Acht Persönlichkeiten der Evangelischen Kirche begrüßten ebenfalls den Leiter des Max-Planck-Institutes in Göttingen. Sie dankten den Atomprofessoren „für den Dienst, den sie dem deutschen Volk und der Menschheit mit der Warnung vor der atomaren Bewaffnung deutscher Streitkräfte geleistet haben“. Unterzeichnet ist das Telegramm von Professor D. Fischer, Propst Grüber, Prof. D. Iwand, Kirchenpräsident D. Stempel, Prof. D. Gollwitzer, dem früheren Bundesinnenminister Heinemann, Kirchenpräsident Niemöller und Professor D. Vogel.

Die Grotius-Stiftung für Völkerrecht in München telegraphierte: „Die Grotius-Stiftung hofft, Göttinger Manifest wird Atomforscher aller Länder an Völkerrecht und Völkerpflicht erinnern.“

Der Allgemeine Studentenausschuß der Universität Erlangen erklärte: „Die Studenten sagen den Wissenschaftlern ausdrücklich Dank für ihre Warnung.“ Gleichzeitig wenden sie sich gegen die „sinnverchiebende“ Stellungnahme der Bundesregierung, die den Wissenschaftlern sogar das Recht zu einer Erklärung absprechen will.

In der Hamburger Bürgerschaft forderte die Opposition eine klare Stellungnahme



Sie warnten aus Gewissensgründen: Prof. Max von Laue (oben links), Prof. Werner Heisenberg (oben rechts), Prof. Walter Gerlach (zweite Reihe links), Prof. Max Born (zweite Reihe rechts), Prof. Otto Hahn (unten links) und Prof. Carl Friedrich von Weizsäcker (unten rechts).

Keystone-Bilder

zu dem Aufruf der Professoren. Auch in den anderen Landesparlamenten wird die CDU einen schweren Stand haben, wenn sie ihre Atompolitik zu verteidigen sucht.

ZUSTIMMUNG AUS DEM SAARLAND . . .

Die DDU (Deutsche Demokratische Union) des Saarlandes begrüßte in einem Brief an den Landtag in Saarbrücken den Schritt der 18 deutschen Atomforscher. Weiter heißt es, daß durch Einwirkung auf die Öffentlichkeit der Bundestag veranlaßt werden müßte, den Ruf der Atomforscher zu befolgen. Nicht nur auf die Ausrüstung mit nuklearen Waffen sei zu verzichten, sondern man müsse sich den japanischen Schritten zur Einstellung der Atomversuche und zur Achtung der Kernwaffen anschließen. In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß besonders die Volksvertreter des dicht besiedelten und schwerindustriellen Saarlandes eine besondere Verantwortung trügen, weil dieses Gebiet im Norden und Osten an die strategischen Schwerpunkte Baumholder und Kaiserslautern grenzt und deswegen besonders gefährdet sei.

. . . UND AUS DER DDR

Die Atomwissenschaftler der DDR, unter ihnen Nobelpreisträger Prof. Gustav Hertz und Manfred von Ardenne, veröffentlichten in Dresden eine Erklärung, in der es u. a. heißt: „Wir ostdeutschen Atomphysiker, die wir in der Deutschen Demokratischen Republik solche Probleme, wie die Herstellung, Erprobung oder den Einsatz von Atomwaffen nicht kennen, und die wir ausschließlich mit friedlicher Anwendung von Atomenergie beschäftigt sind, haben mit leidenschaftlicher innerer Bewegung von dieser geschlossenen Aktion unserer großen westdeutschen Kollegen erfahren und fühlen uns in diesem Augenblick besonders eng mit ihnen verbunden.“

Die ostdeutschen Wissenschaftler wenden sich in ihrer Erklärung gegen die Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden und gegen die Ausrüstung deutscher Armeen mit solchen Waffen.

In der Erklärung, die als Appell an alle Wissenschaftler in der Welt gerichtet ist, wird vorgeschlagen, auf die Regierungen einzuwirken, um die Einstellung aller Atomwaffenversuche zu erreichen.

Strontium 90

34 Millionen Unterschriften sammeln die japanische Friedenskomitee für die Einstellung der Atombombenversuche im Stillen Ozean. Die Bürotagung des Weltfriedensrates nahm auf seiner Berliner Tagung einen Appell an, der sich gleichfalls gegen diese Versuche richtet und zu dem das Büro erklärt: „Wir richten diesen Appell an alle und fordern auf, ihn zu verbreiten, zu unterzeichnen oder in irgendeiner anderen Art durch die größtmögliche Anzahl Männer und Frauen aller Länder bestätigen zu lassen.“ Der Berliner Appell hat folgenden Wortlaut:

„Die Versuchsexplosionen gehen weiter. Das Strontium 90, das Erde und Wasser verseucht, wird durch sie in der Luft verbreitet. Krebs und Leukämie sind die Folgen. Werden die Versuche fortgesetzt, so wird die Gesundheit vieler Generationen untergraben und das Leben der Menschen bedroht. Besonders gefährdet sind die Kinder. Der Atomkrieg würde Millionen Menschen vernichten und ganze Kontinente verwüsten. Kein Land, kein Volk will diesen Krieg. Trotzdem wird er in aller Öffentlichkeit vorbereitet, und viele Menschen sehen dem tatenlos zu. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion setzen ihre Wasserstoffbombenversuche fort; auch Großbritannien will nun damit beginnen. — Wir fordern die sofortige Einstellung der Versuche! Das Leben unserer Kinder muß geschützt werden! Die Erfüllung unserer Forderung würde die Regierungen dazu bringen, sich über die Abschaffung der Atomwaffen und die Abwendung des Krieges selbst zu einigen. Wenn die Menschen in allen Ländern ihre Stimme erheben, werden sie gehört werden. Noch können wir die Gefahr abwenden!“

Der sozialdemokratische Parteichef Erich Ollenhauer und die Wirtschaftsexperten seines Stabes sind in den vergangenen Wochen von verschiedenen Seiten aufgefordert worden, das wirtschaftliche Programm der SPD darzulegen. Das waren keine akademischen Fragen. Die Wirtschaftsthese der Sozialdemokratie spielen im Wahlkampf eine wichtige Rolle. Die FDP — die manche politische Neigung zur SPD zieht — will es von den ökonomischen Absichten dieser Partei abhängig machen, ob eine Koalition mit ihr nach der Wahl zustandekommen kann. Noch stört die Liberalen das Wort „Sozialisierung“. Wie verhält sich die SPD zu dieser Frage?

Es ist eine komplizierte Situation, in die sie da — halb gezogen, halb gesunken — geraten ist. Erst kürzlich hat Erich Ollenhauer erklärt, daß seine Partei nie daran denke — sollte sie die absolute Mehrheit gewinnen —, allein die Regierung zu bilden. Nun ist ein solches Wahlergebnis ohnehin nicht sehr wahrscheinlich; aber Beachtung verdient ohne Zweifel das starke Streben nach Bundesgenossen. Rangen die sozialdemokratischen Väter und Großväter der heutigen SPD-Führer erbittert um jene legendären „51 Prozent“ der Wählerstimmen, mit denen sie die Macht im Staate zu übernehmen hofften, so verzichten die Sozialdemokraten der Gegenwart bereits auf die Mehrheit, bevor sie sie überhaupt haben. Mancher Wähler registriert diese Zurückhaltung und wird sich hüten, die SPD in Verlegenheit zu bringen.

Kompromißbereitschaft

Auf der Suche nach einem Koalitionspartner verspricht die SPD ein hohes Maß an Kompromißbereitschaft mit in die Ehe zu bringen. Da sich ihr Bemühen vor allem auf die Partei der Liberalen, die FDP, konzentriert, darf man annehmen, daß auch die zur Zeit modernen

Von der Sozialisierung zur öffentlichen Kontrolle

Zur Diskussion über wirtschaftspolitische Forderungen der Sozialdemokratie

wirtschaftlichen Vorstellungen der Sozialdemokratie im Laufe des Wahlkampfes und besonders im Prozeß einer Koalitionsbildung noch mancher Veränderung unterworfen werden.

Jener Komplex des Wirtschaftsprogramms der SPD, der — mehr von Feinden als von Freunden — mit dem bösen Namen „Sozialisierung“ belegt wurde, stellt sich in der letzten Äußerung Ollenhauers und Deists folgendermaßen dar:

Die SPD ist der Meinung, daß die Grundstoffindustrien — Kohle, Stahl und Energie — unter öffentliche Kontrolle gestellt werden sollen. Sie geht von der Tatsache aus, daß die Konzentration enormer wirtschaftlicher Macht in den Händen weniger, der Öffentlichkeit nicht verantwortlicher Industrieller gleichzeitig die Konzentration politischen Einflusses auf Parlament, Regierung und Verwaltungsapparat in den Händen dieser Kreise bedeutet. Ferner hält sie eine derartige Konzentration für eine Ursache der ungerechten Verteilung des Sozialprodukts in der Bevölkerung. — Wenn private Unternehmungen durch Kartellverträge, durch Zusammenschlüsse oder auf andere Weise eine beherrschende Stellung erlangen, sollen sie unter eine wirksame Kartellaufsicht gestellt werden. Befürwortet wird die Beibehaltung bundeseigener wirtschaftlicher Unternehmungen, wenn sie der Bundesregierung helfen, regulierend in der Wirtschaft zu wirken.

Keine Verstaatlichung

Wie man sieht, hütet sich die SPD ängstlich, einer Aenderung der Besitzverhältnisse, einer Verstaatlichung der Grund-

stoffindustrie etwa, das Wort zu reden. Man kann darum verstehen, daß sie sich arg gescholten fühlt, wenn ihr Sozialisierungsabsichten angedichtet werden. Andererseits glaubt man im Parteivorstand der SPD von der Forderung nach öffentlicher Kontrolle der Schlüsselindustrien nicht noch weiter abzurücken zu können. Dabei werden zwei Ueberlegungen ausschlaggebend sein:

Einmal kann die Forderung nach Kontrolle der Grundstoffindustrie schwerlich zu einer Isolierung von solchen Kreisen führen, die liberale Ideale auf ihr Panier geschrieben haben. Denn in der wirtschaftlichen und politischen Praxis ist es doch so, daß die Herrschaft der Konzerne nicht nur der Feind sozialistischer, sondern auch liberaler Anschauungen ist. In der Bundesrepublik gibt es gegenwärtig 2551 Aktiengesellschaften, 41 von ihnen — jede mit einem Kapital von über 100 Millionen DM — besitzen allein 41 Prozent des gesamten bundesdeutschen Aktienkapitals. Im gleichen Maße hat sich auch die Kontrolle des größten Teiles der volkswirtschaftlichen Produktion in wenigen Monopolen zusammengeballt. Wo soll hier noch die freie Konkurrenz blühen, von der die FDP schwärmt? Wo kommt im Dschungel der Kartelle heute noch die preisbildende Wechselbeziehung von Angebot und Nachfrage ungehindert zur Anwendung? Auf dem Berliner Parteitag der FDP forderte der stellvertretende Vorsitzende dieser Partei, der Bundestagsabgeordnete Dr. Erich Mende, daß sich der Staat nicht um die Wirtschaft kümmern solle. Was aber, wenn sich die Wirtschaft, wenn sich die Konzerne um den Staat kümmern? Und diese Gefahr

ist nicht aus der Luft gegriffen. Man frage einmal den Bundeswirtschaftsminister, warum bis heute noch kein Kartellgesetz vorliegt. Doch nur, weil die mächtigsten Kartelle dagegen sind und ihren Standpunkt in Regierung und Parlament wohl zu vertreten wissen. Der Vorsitzende der FDP, Dr. Reinhold Maier, hat sich oft genug darüber beschwert, daß die Schar der Lobbys in Bonn die Arbeit des Parlaments erschwere. Kann er dann aber die wirtschaftlichen Grundgeden dieser Seuche wider die Demokratie fördern? Und was wird im Laufe der Jahre aus den mittleren und kleinen Unternehmern, die auch bei der FDP ihre politische Vertretung suchen? Entgegen allen Beteuerungen hat sich die freie Marktwirtschaft des Wirtschaftsministers in ihrem Wesen als eine Rekonzentration der wirtschaftlichen Kräfte in der Bundesrepublik erwiesen, die alte Grenzen längst überschritten hat und — auch auf Kosten der heute noch freien Unternehmer — diesen Prozeß fortsetzen will. Es bedarf auch des Widerstandes der FDP, um diese gefährliche Entwicklung zu stoppen. Darum — so glaubt die SPD — wird sie mit ihrer Forderung nach Kontrolle der Schlüsselindustrien durch die öffentliche Hand schließlich doch die Unterstützung der FDP finden.

Was wollen die Mitglieder?

Und eine zweite Ueberlegung läßt den SPD-Vorstand auf der Forderung nach Kontrolle bestehen: Die Vorstellungen der eigenen Parteimitglieder und breiter Kreise im DGB von den notwendigen wirtschaftspolitischen Umgestaltungen in der Bundesrepublik lassen eine solche Forderung geradezu als ein Minimalprogramm erscheinen. Es ist kein Geheimnis, daß der SPD-Vorstand schon oft Mühe hatte, seine Anschauungen mit denen der Mitglieder zu koordinieren. In den kommenden Monaten werden die Wahltaktiker dabei besondere Schwierigkeiten haben. In der SPD-Mitgliedschaft ist die Forderung nach Enteignung der Grundstoffindustrie nicht vergessen. Es wäre falsch, wollte man diese Anhänglichkeit allein auf die marxistische Vergangenheit dieser Partei zurückführen.

Die Erinnerungen sind in Wirklichkeit viel frischer. Noch im Jahre 1954 — auf dem Berliner Parteitag der SPD — hat Erich Ollenhauer Verfügungsgewalt über die Schlüsselpositionen der Wirtschaft verlangt, und keinem Mitglied ist es dabei wohl in den Sinn gekommen, unter „Verfügungsgewalt“ eine äußerst maßvolle Kontrolle zu verstehen. Im gleichen Jahre wurde auf dem Frankfurter Bundeskongreß des DGB vom damaligen Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaft, Dr. Victor Agartz, die Forderung nach einer Ueberführung der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum gefordert. Die Mitglieder der SPD und des DGB können sich an keine Entgegnung des SPD-Parteivorstandes erinnern. Eine solche Kontrolle ist das mindeste, was der SPD-Parteivorstand seinen Mitgliedern vor der Wahl bieten muß. Sollte er an die Regierung kommen, wird er die Mitgliedschaft auf die Dauer damit kaum befriedigen können.

Trommelfeuer

Aber daran denkt man vorläufig in den Führungsgremien der SPD nicht. Man hat vielmehr alle Hände voll zu tun, um sich der wütenden Angriffe gegen die bescheidenen wirtschaftspolitischen Forderungen zu erwehren. Auf Erich Ollenhauer und seine Leute prasseln die Vorwürfe der CDU, marxistisch handeln zu wollen — und es wirkt fast komisch und wohl auch etwas tragisch zugleich, wie sich die Vertreter der traditionsreichen Arbeiterpartei gegen diesen Vorwurf sträuben, der sie wirklich zu Unrecht trifft.

Wohin diese ewig defensive Haltung aber führen kann, zeigt das provozierende Auftreten des Leiters des Deutschen Industriemittelstandes, Dr. Hellwig von der CDU, der „erschreckende Parallelen“ zwischen den Anschauungen Ollenhauers und denen Dr. Agartz und — man höre — sogar zu den Zuständen in der DDR festgestellt habe. Hinter seinem Angriff verbirgt sich die Absicht, SPD und DGB wieder und wieder zu Distanz-Erklärungen zu veranlassen. Die Kampagne der CDU gegen Wehner und Agartz kennzeichnet die Wahlkampfmethoden der CDU, die die Gewerkschaft und Sozialdemokraten zwingen sollen, von dem demokratischen Ideengehalt besonders ihrer wirtschaftspolitischen Forderungen abzurücken.

Aber eben weil es sich um demokratische und nicht spezifisch sozialistische Forderungen handelt, haben alle oppositionellen Kräfte in der Bundesrepublik die Verpflichtung, für deren Verwirklichung einzutreten. Im Jahre 1945 — nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Staates — waren sich alle Parteien Deutschlands darin einig, daß es in einem künftigen deutschen Staatswesen nie wieder riesige Monopole geben darf, weil derartige Machtkonzentrationen gesetzmäßig verhängnisvollen Einfluß auf die Politik des Staates nehmen. Damals galt es als undemokratisch und strafwürdig, gegen eine solche Neugestaltung aufzutreten. Heute jedoch verleumdet die Regierungspartei jede Organisation, die sich noch zu den aus furchtbaren Erfahrungen geborenen demokratischen Forderungen bekennt. Das politische Leben in der Bundesrepublik beweist, wie sehr eine wirtschaftliche Restauration mit einer Rückwendung auch in der Politik einhergeht. Darum sollte man nicht gegen die SPD polemisieren, weil sie die Kontrolle der Grundstoffindustrie fordert. Vielmehr muß man von ihr klare Aufschlüsse darüber verlangen, wie sie sich die öffentliche Kontrolle denkt, wie sie gegen die Kartellbindungen in der Wirtschaft aufzutreten gedenkt. Noch sind diese Fragen nicht beantwortet worden. Man muß erwarten, daß das auf dem Dortmunder Wahlkongreß der SPD am 13. Juni geschehen wird.

„Maulkorb-Paragraph“ wurde gelockert

Einschränkung des Grundrechts auf Meinungsfreiheit bleibt

Den seit Monaten geführten Pressefehden gegen den § 109 b des Entwurfs eines 4. Strafrechtsänderungsgesetzes ist es wohl in erster Linie zu danken, daß dieser sogenannte „Maulkorb-Paragraph“ kürzlich im Rechtsausschuß des Bundestages bedeutend gelockert wurde.

Die ursprüngliche Fassung dieses Paragraphen lautete:

1. Wer unwahre oder gröblich entstellte Behauptungen tatsächlicher Art aufstellt oder verbreitet, um andere vom Wehrdienst abzuhalten oder die Bundeswehr in der Erfüllung ihrer Aufgaben zu behindern, wird mit Gefängnis bestraft.

2. Der Versuch ist strafbar.

Nach harten Auseinandersetzungen im Rechtsausschuß des Bundestages erhielt der Paragraph folgende Fassung:

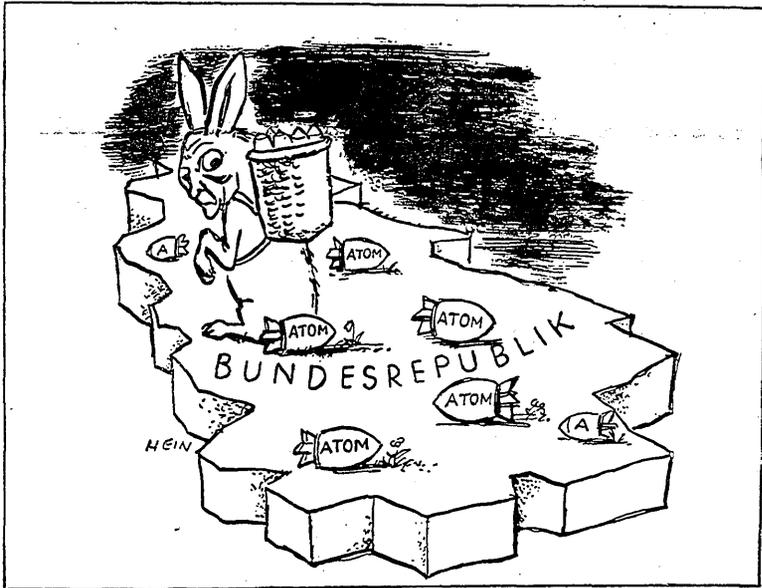
1. Wer unwahre oder gröblich entstellte Behauptungen tatsächlicher Art, deren Verbreitung geeignet ist, die Tätigkeit der Bundeswehr zu stören, wider besseres Wissen zum Zwecke der Verbreitung aufstellt oder solche Behauptungen in Kenntnis ihrer Unwahrheit verbreitet, um die Bundeswehr in der Erfüllung ihrer Aufgaben der Landesverteidigung zu behindern, wird mit Gefängnis bestraft.

2. Wer in den Fällen des Absatz 1 die unwahre oder gröblich entstellte Behauptung nicht wider besseres Wissen, aber vorsätzlich aufstellt oder verbreitet, obwohl es ihm zumutbar Erkundigungen über die Sachlage unterlassen hat, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Diese Vorschrift ist auf das Verbreiten von Nachrichten, die zur Unterrichtung der Öffentlichkeit im Rahmen der üblichen Presseberichterstattung mitgeteilt werden, nicht anzuwenden.

3. Der Versuch ist strafbar. Damit ist festgelegt worden, daß die Presse von diesem Gesetz nicht mehr erreicht werden kann. Es soll nicht das Verdienst derjenigen Kräfte geschmälert werden, die diese Lockerung des Maulkorb-Paragraphen erreicht haben. Das aber darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß für alle anderen Personen dieser Maulkorb-Paragraph nach wie vor Gültigkeit hat, auch wenn jetzt die „Widerbesseres-Wissen“-Klausel eingearbeitet wurde. Nach wie vor ist die richterliche Entscheidung eine Ermessensfrage. Die Sozialdemokratische Partei lehnt wohl aus eben diesen Erwägungen auch als einzige Partei im Rechtsausschuß

diese neue Fassung des Paragraphen ab. Es bleibt dabei, daß die Öffentlichkeit in ihrem Grundrecht der Meinungsfreiheit über Angelegenheiten der Bundeswehr empfindlich eingesenkt wird. Das Gespenst eines juristischen Sonderschutzes ist noch nicht aus der Welt geschafft.



„Frohe Ostern!“

Nebenbei bemerkt

Bei der Beratung einer Verordnung zu dem Gesetz über die Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen im Bundesrat stellte Staatssekretär Wandersleb vom Bundeswohnungsbauministerium fest, daß nach der geltenden Durchführungbestimmung „bei der Einstellung von höheren Angestellten zuvor die Einwilligung des zuständigen Gauleiters der NSDAP eingeholt werden muß“. Der Bundesrat entsprach daraufhin dem Wunsch von Staatssekretär Wandersleb, diesen „staatsrechtlichen Irrgarten“ zu beseitigen.

Immer noch — oder schon wieder?

Vor einem Senatsausschuß in Washington hat sich der Vorsitzende der Frachtführer-Gewerkschaft (Teamsters), Dave Beck, zu verantworten, weil er 320 000 Dollar Gewerkschaftsgelder zu persönlichen Zwecken veruntreut hat. Unter anderem wird Beck vorgeworfen, daß er von dem größten Versandhaus der USA, Sears Roebuck, „aus Freundschaft“ zu diesem großen Vorkämpfer der Gewerkschaftsideale“ 24 000 Dollar als Geschenk erhielt.

Achtzigmal verweigerte Beck die Antwort auf Fragen des Senatsausschusses. Trotzdem schwieg Dave Beck nicht immer. Er hielt vielmehr eine Lobrede auf den im Ausschuß sitzenden Senator McCarthy und seinen Kampf gegen den Kommunismus.

Sears Roebuck — McCarthy — „Vorkämpfer der Gewerkschaftsideale“

Ueber ein Jahr dauern bereits die Verhandlungen über den Abschluß eines deutsch-ungarischen Truppenvertrages. Da eine Anzahl von Uebergangsbestimmungen am 5. Mai 1957 abläuft, stehen die Verhandlungsteilnehmer jetzt unter Zeit-

Hallstein

Der Staatssekretär des Auswärtigen, Prof. Hallstein, hatte es kürzlich ungebeten übernommen, die Stellungnahme des Auswärtigen Amtes zu deutschen Kultur darzulegen. Er hatte einen Zuschuß für die Frankreich-Tournee des Bochumer Theaters abgelehnt, weil dieses die „Dreigroschenoper“ von Brecht in Paris spielen wollte — seiner Meinung nach aber Brecht keinen „sinnfälligen Aussagewert“ besäße.

Ich hatte das Glück, zur deutschen Premiere dieser Vorstellung im Bochumer Theater zu weilen. Intendant Schalla hat auch Herrn Prof. Hallstein eingeladen. Der sachverständige Staatssekretär kam eine Viertelstunde zu spät und verzögerte damit den Beginn der Vorstellung um eben diese fünfzehn Minuten. Das und seine „kulturpolitische“ Äußerung hätten reichen müssen, um das illustre Theaterpublikum gegen Herrn Prof. Hallstein aufzubringen. Nach einem Gefühl wäre es eine Ehrenrettung für das deutsche Theaterpublikum gewesen, wenn es diesen Herrn mit einer kleinen Dosis Mißfallensundgebung empfangen hätte. Aber nichts dergleichen geschah. Auch hier blieben die Leute ruhig, wie sie

Briefe an die



fähigkeit zu. Darum überrascht es umso mehr, daß er dieses abschätzende Urteil auf so namhafte Wissenschaftler wie die 18 Atom-Professoren überträgt, die ihm geistig doch wohl noch ebenbürtig sein werden. Ich frage mich, wie ist diese Anmaßung zu verstehen, die solchen Kapazitäten das Mitspracherecht — ein Grundrecht jedes Bürgers — in politischen Dingen streitig macht. Fast beginne ich zu glauben, daß unser Herr Bundeskanzler gar nicht so sehr die geistige Elite schätzt, sondern viel eher eine Masse Dummen und eine Handvoll Hochgelehrten, die ihm willig die MARX-LITURGI Dortmunds

schen Volkszeitung. Ich bin zweimal die Spielwarengeschäfte von Dresden abgefahren und muß Euch heute sagen, daß ich nirgendwo ein Kriegsspielzeug gefunden habe. Weder Soldaten noch sonst irgendetwas derartiges. Ich habe auch in unserem Bekanntenkreis darüber gesprochen: niemand ist darüber unterrichtet.“ Soweit die Stellungnahme meiner Bekannten.

HELGA MATUSZEK Rehme

Anmerkung der Redaktion: Wir bezogen uns auf das „Neue Deutschland“ vom 15. Januar, das einem Leser auf seine Frage nach dem Zweck solchen Spielzeugs geantwortet hatte.

hat man auf diesen Plakaten eingezeichnet, auf den Osten aber einen Stahlhelm amerikanischen Musters gelegt. Ich vergleiche das Ganze mit einer minderwertigen Schnapsreklame. Das Angeressene berauscht im Moment, aber hinterher ruft es Uebelkeit hervor. Und was dieses rotgedruckte „Alle“ betrifft, so denken die Herren von der Bundesregierung doch zu wenig an unsere Brüder im Osten, denn eine Bundeswehr und die NATO erreichen doch genau das Gegenteil von Sicherheit für diese Menschen.

PETER KÖHLER, Aachen

Ilona Toth

In den letzten Tagen konnte man in vielen Zeitungen der Bundesrepublik lesen, daß in Ungarn Freiheitskämpfer zum Tode verurteilt worden sind, unter anderen die „großgewachsene blonde Studentin Ilona Toth“. Wenn man weiterliest, erfährt man, daß diese Medizinstudentin in einem Budapester Krankenhaus Verwundete gepflegt und dabei „den Patienten Istvan Kolar durch eine Injektion und einen Dolchstoß ins Herz“ getötet hat. Ist es nicht erschütternd, daß man so etwas Freiheitskämpfer nennt? Jedemfalls scheint die Verurteilung selbst inzwischen nicht mehr der Auffassung zu sein, daß sie eine Freiheitskämpferin

2. Der Versuch ist strafbar.

Nach harten Auseinandersetzungen im Rechtsausschuß des Bundestages erhielt der Paragraph folgende Fassung:

Nebenbei bemerkt

Bei der Beratung einer Verordnung zu dem Gesetz über die Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen im Bundesrat stellte Staatssekretär Wandersleb vom Bundeswohnungsbauministerium fest, daß nach der geltenden Durchführungsbestimmung „bei der Einstellung von höheren Angestellten zuvor die Einwilligung des zuständigen Gauleiters der NSDAP eingeholt werden muß“. Der Bundesrat entsprach daraufhin dem Wunsch von Staatssekretär Wandersleb, diesen „staatsrechtlichen Irrgarten“ zu beseitigen.

Immer noch — oder schon wieder?

Vor einem Senatsausschuß in Washington hat sich der Vorsitzende der Frachtführer-Gewerkschaft (Teamsters), Dave Beck, zu verantworten, weil er 320 000 Dollar Gewerkschaftsgelder zu persönlichen Zwecken veruntreut hat. Unter anderem wird Beck vorgeworfen, daß er von dem größten Versandhaus der USA, Sears Roebuck, „aus Freundschaft zu diesem großen Vorkämpfer der Gewerkschaftsideale“ 24 000 Dollar als Geschenk erhielt.

Achtzigmal verweigerte Beck die Antwort auf Fragen des Senatsausschusses. Trotzdem schwieg Dave Beck nicht immer. Er hielt vielmehr eine Lobrede auf den im Ausschuß sitzenden Senator McCarthy und seinen Kampf gegen den Kommunismus.

Sears Roebuck — McCarthy — „Vorkämpfer der Gewerkschaftsideale“

Ueber ein Jahr dauern bereits die Verhandlungen über den Abschluß eines deutsch-alliierten Truppenvertrages. Da eine Anzahl von Uebergangsbestimmungen am 5. Mai 1957 abläuft, stehen die Verhandlungsteilnehmer jetzt unter Zeitdruck. Es geht nicht nur um die Weiterzahlung von Stationierungskosten an die fremden Gäste. Die Bundesrepublik soll sich innerhalb des Truppenvertrages auch verpflichten, „neben Werks- und Dienstleistungen die Kosten für die deutschen Arbeitsgruppen im Dienst der befreundeten Streitkräfte langfristig zu übernehmen“. Allein die Aufwendungen für die deutschen Arbeitsgruppen im amerikanischen Dienst betragen etwa 200 Millionen DM im Jahr.

Langfristige Schmutzarbeit auf deutsche Kosten!

über die Sachlage unterlassen hat, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Diese Vorschrift ist auf das Verbreiten von Nachrichten, die zur Unterrichtung der Öffentlichkeit im Rahmen der üblichen Presseberichterstattung mitgeteilt werden, nicht anzuwenden.

3. Der Versuch ist strafbar. Damit ist festgelegt worden, daß die Presse von diesem Gesetz nicht mehr erreicht werden kann. Es soll nicht das Verdienst derjenigen Kräfte geschmälert werden, die diese Lockerung des Maulkorb-Paragraphen erreicht haben. Das aber darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß für alle anderen Personen dieser Maulkorb-Paragraph nach wie vor Gültigkeit hat, auch wenn jetzt die „Widerbesseres-Wissen“-Klausel eingearbeitet wurde. Nach wie vor ist die richterliche Entscheidung eine Ermessensfrage.

Die Sozialdemokratische Partei lehnt wohl aus eben diesen Erwägungen auch als einzige Partei im Rechtsausschuß

Hallstein

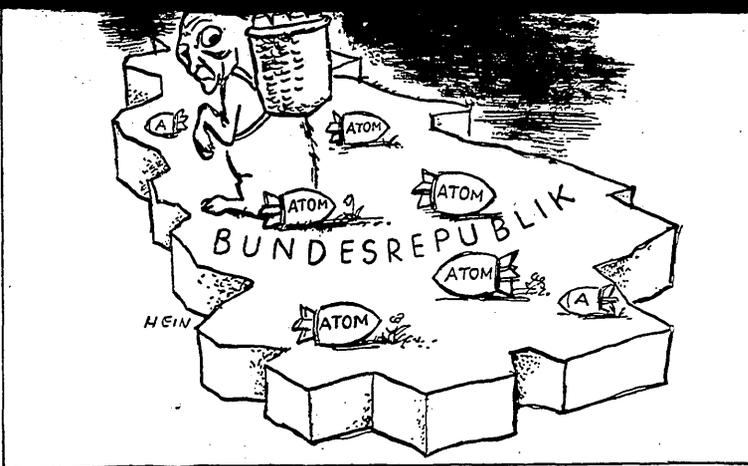
Der Staatssekretär des Auswärtigen, Prof. Hallstein, hatte es kürzlich ungebeten übernommen, die Stellungnahme des Auswärtigen Amtes zur deutschen Kultur darzulegen. Er hatte einen Zuschuß für die Frankreich-Tournee des Bochumer Theaters abgelehnt, weil dieses die „Dreigroschenoper“ von Brecht in Paris spielen wollte — seiner Meinung nach aber Brecht keinen „sinnfälligen Aussagewert“ besäße.

Ich hatte das Glück, zur deutschen Premiere dieser Vorstellung im Bochumer Theater zu weilen. Intendant Schalla hat auch Herrn Prof. Hallstein eingeladen. Der sachverständige Staatssekretär kam eine Viertelstunde zu spät und verzögerte damit den Beginn der Vorstellung um eben diese fünfzehn Minuten. Das und seine „kulturpolitische“ Äußerung hätten reichen müssen, um das illustre Theaterpublikum gegen Herrn Prof. Hallstein aufzubringen. Nach einem Gefühl wäre es eine Ehrenrettung für das deutsche Theaterpublikum gewesen, wenn es diesen Herrn mit einer kleinen Dosis Mißfallensumgebung empfangen hätte. Aber nichts dergleichen geschah. Auch hier blieben die Leute ruhig, wie sie leider überall viel zu sehr den Mund halten. In den dreißiger Jahren wäre das nicht möglich gewesen, und schon gar nicht bei einem Publikum, das der „Dreigroschenoper“ 50 Vorhänge bescherte.

EWALD FESSLER, Essen.

Elite

Wenn ich recht informiert bin, ist doch unser Herr Bundeskanzler immer als Verfechter des Elite-Gedankens aufgetreten. Er traut dem Manne von der Straße nicht sehr viel politische Urteils-



„Frohe Ostern!“

Briefe an die



fähigkeit zu. Darum überrascht es umso mehr, daß er dieses abschätzende Urteil auf so namhafte Wissenschaftler wie die 18 Atom-Professoren überträgt, die ihm geistig doch wohl noch ebenbürtig sein werden. Ich frage mich, wie ist diese Anmaßung zu verstehen, die solchen Kapazitäten das Mitspracherecht — ein Grundrecht jedes Bürgers — in politischen Dingen streitig macht. Fast beginne ich zu glauben, daß unser Herr Bundeskanzler gar nicht so sehr die geistige Elite schätzt, sondern viel eher eine Masse Dummer und eine Handvoll Intelligenter, die ihm willig die Arbeit machen.

MARTA HUICK, Dortmund

Kriegsspielzeug

Vor kurzem las ich in Ihrer Zeitung einen Artikel über das Kriegsspielzeug in der DDR. Ich war nicht wenig erstaunt, daß nun auch dort Kriegsspielzeug hergestellt werden soll. Da Bekannte von mir in Dresden wohnen, lag nichts näher, als Ihren Artikel mit der Bitte um Stellungnahme an sie zu senden. Vor einigen Tagen erhielt ich die Antwort, die ich nachstehend wiedergebe:

„Wenn die Fortsetzung unseres Plauderstündchens für dieses Mal etwas länger auf sich warten ließ, so hat das seine Begründung in dem Artikel der Deut-

schen Volkszeitung. Ich bin zweimal die Spielwarengeschäfte von Dresden abgefahren und muß Euch heute sagen, daß ich nirgendwo ein Kriegsspielzeug gefunden habe. Weder Soldaten noch sonst irgendetwas derartiges. Ich habe auch in unserem Bekanntenkreis darüber gesprochen: niemand ist darüber unterrichtet.“ Soweit die Stellungnahme meiner Bekannten.

HELGA MATUSZEK
Rehme

Anmerkung der Redaktion: Wir bezogen uns auf das „Neue Deutschland“ vom 15. Januar, das einem Leser auf seine Frage nach dem Zweck solchen Spielzeugs geantwortet hatte.

Schnapsreklame

In Aachen sieht man jetzt überall Plakate, die für den Eintritt junger Deutscher in die Bundeswehr werben. Der Herausgeber ist das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Wenn das nicht darunter stände, könnte man annehmen, daß einige Halbstarke einen Scherz machen wollten, denn der Text des Plakates lautet: „Die deutsche Bundeswehr und die NATO bringen Sicherheit für alle Deutschen im Norden und Süden

weil derartige Machtkonzentrationen gesetzmäßig verhängnisvollen Einfluß auf die Politik des Staates nehmen. Dermalis galt es als undemokratisch und strafwürdig, gegen eine solche Neugestaltung aufzutreten. Heute jedoch verleumdet die Regierungspartei jede Organisation, die sich noch zu den aus furchtbaren Erfahrungen geborenen demokratischen Forderungen bekennt. Das politische Leben in der Bundesrepublik beweist, wie sehr eine wirtschaftliche Restauration mit einer Rückwendung auch in der Politik einhergeht. Darum sollte man nicht gegen die SPD polemisieren, weil sie die Kontrolle der Grundstoffindustrie fordert. Vielmehr muß man von ihr klare Aufschlüsse darüber verlangen, wie sie sich die öffentliche Kontrolle denkt, wie sie gegen die Kartellbindungen in der Wirtschaft aufzutreten gedenkt. Noch sind diese Fragen nicht beantwortet worden. Man muß erwarten, daß das auf dem Dortmunder Wahlkongreß der SPD am 13. Juni geschehen wird.

hat man auf diesen Plakaten eingezeichnet, auf den Osten aber einen Stahlhelm amerikanischen Musters gelegt. Ich vergleiche das Ganze mit einer minderwertigen Schnapsreklame. Das Angepriesene berauscht im Moment, aber hinterher ruft es Uebelkeit hervor. Und was dieses rotgedruckte „Alle“ betrifft, so denken die Herren von der Bundesregierung doch zu wenig an unsere Brüder im Osten, denn eine Bundeswehr und die NATO erreichen doch genau das Gegenteil von Sicherheit für diese Menschen.

PETER KÖHLER, Aachen

Ilona Toth

In den letzten Tagen konnte man in vielen Zeitungen der Bundesrepublik lesen, daß in Ungarn Freiheitskämpfer zum Tode verurteilt worden sind, unter anderen die „großgewachsene blonde Studentin Ilona Toth“. Wenn man weiterliest, erfährt man, daß diese Medizinstudentin in einem Budapester Krankenhaus Verwundete gepflegt und dabei „den Patienten Istvan Kolar durch eine Injektion und einen Dolchstich ins Herz“ getötet hat. Ist es nicht erschütternd, daß man so etwas Freiheitskämpfer nennt? Jedenfalls scheint die Verurteilte selbst zwischen nicht mehr der Auffassung zu sein, daß sie „eine Freiheitskämpferin“ ist. Sie erklärte nämlich in der Gerichtsverhandlung, sie habe nicht gewußt, daß ihr Mittäter Miklos Gyöngyösi, der sie zum Mord angestiftet hat, ein Berufsverbrecher mit acht Vorstrafen sei. Ich bin der Meinung, daß man als westdeutsche Zeitung durchaus wünschen kann, der ungarische Staatspräsident würde die Verurteilte begnadigen. Aber man sollte bei der Verleihung des Titels „Freiheitskämpfer“ doch etwas vorsichtiger sein.

ELISABETH MARKERT, Würzburg